

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 49/90

Berlin

6. Dezember 1990

57. Jahrgang

2. Ex.

Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auf längere Sicht

Die Meldungen über dramatisch steigende Zahlen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern in den neuen Bundesländern sollten nicht den Blick dafür verstellen, daß längerfristig eher mit einer — demographisch bedingten — Verknappung von Arbeitskräften in West- und Ostdeutschland zu rechnen ist. Es ist zu vermuten, daß die Zahl der Erwerbspersonen — insbesondere der Jüngeren — schon bald sinken wird. Diese Entwicklung wird aus heutiger Sicht weniger drastisch verlaufen, als das früher im Gebiet Westdeutschlands für wahrscheinlich gehalten wurde. Auch die weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung bei den Frauen und — nach der Jahrtausendwende — bei allen Älteren, kann nicht verhindern, daß sich der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung vermindert. Bei diesen Perspektiven sollten Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Maßnahmen flankiert werden, die die Qualifikation und die Arbeitswilligkeit der vorübergehend Arbeitslosen erhalten. Durch lange Arbeitslosigkeit drohende Dequalifizierungsprozesse und Demotivierung müssen verhindert werden.

Methodische Erläuterungen

Die Projektion der Erwerbspersonenzahl knüpft an die Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter an. Das DIW hat Anfang und Mitte dieses Jahres hierzu Vorausschätzungen veröffentlicht¹. Von den dort vorgelegten Szenarien, die sich vornehmlich durch die Höhe der unterstellten Zuwanderungen unterscheiden, wird hier nur auf das mittlere Bezug genommen². Die Zahl der 15- bis unter 65jährigen wird nach diesen Berechnungen in den alten Bundesländern von knapp 44 Mill. (Ende 1989) auf fast 45 Mill. bis zum Jahr 1995 steigen (vgl. Tabelle 1). Diese Zunahme ergibt sich vor allem aus den geschätzten Zuwanderungen von Ausländern und Aussiedlern ins alte Bundesgebiet sowie aus der Binnenwanderung zwischen neuen und alten Bundesländern. Insgesamt wird in diesem Zeitraum mit Zu- zügen von knapp 3 Mill. Personen gerechnet, während aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten — Sterbefälle) weiterhin ein Rückgang zu erwarten ist.

Nach 1995 wird die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung wieder zurückgehen, bis zum Jahresende 2010 auf 42,6 Mill. Von diesem Rückgang sind nicht alle Altersgruppen gleichermaßen betroffen. Insbesondere wird sich die Zahl der Jüngeren verringern, außergewöhnlich kräftig — um über 30 vH — in der Altersgruppe der 25 bis unter 35jährigen. Demgegenüber nimmt die Zahl der Älteren im Zeitraum 1989 bis 2010 noch zu, um insgesamt 15 vH.

¹ Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90, S. 93 ff. Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Bearb.: Erika Schulz und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23-24/90, S. 315 ff.

² Die hier zugrunde gelegten Werte entsprechen denen des Szenarios A aus der Vorausschätzung für das frühere Bundesgebiet und denen des Szenarios B aus der Vorausschätzung für das Gebiet der ehemaligen DDR. Vgl. Anm. 1. Die Zuwanderungen von Ausländern können jedoch künftig höhere Werte aufweisen, als dies in diesen Szenarien unterstellt wurde. Alternativrechnungen hierzu werden demnächst veröffentlicht.

Tabelle 1

Bevölkerung nach Altersgruppen

Alter von ... bis ... unter Jahren	Bestand zum Jahresende in Mill. Personen					Veränderung in vH		
	1989	1995	2000	2005	2010	2000/1989	2010/2000	2010/1989
Alte Bundesländer								
unter 15 M	4,7	5,2	5,3	5,0	4,4	12,4	-17,4	- 7,2
F	4,5	5,0	5,0	4,7	4,2	12,3	-17,2	- 6,9
zusammen	9,2	10,2	10,3	9,7	8,5	12,4	-17,3	- 7,0
15-25 M	4,7	3,5	3,3	3,5	3,7	-29,5	11,6	-21,3
F	4,5	3,4	3,2	3,3	3,5	-29,3	11,6	-21,1
zusammen	9,2	6,9	6,5	6,8	7,2	-29,4	11,6	-21,2
25-35 M	5,2	5,9	4,9	3,8	3,5	- 5,0	-28,8	-32,3
F	4,9	5,6	4,8	3,7	3,4	- 3,0	-28,8	-30,9
zusammen	10,1	11,5	9,7	7,4	6,9	- 4,0	-28,8	-31,6
35-45 M	4,2	4,9	5,6	5,9	4,9	33,6	-12,3	17,2
F	4,0	4,7	5,4	5,7	4,8	32,9	-10,4	19,1
zusammen	8,2	9,6	11,0	11,6	9,7	33,3	-11,4	18,1
45-55 M	4,8	4,4	4,3	4,7	5,4	- 9,1	24,6	13,3
F	4,0	4,7	5,4	5,7	4,8	32,9	-10,4	19,1
zusammen	8,8	9,1	9,7	10,4	10,2	10,1	5,3	16,0
55-65 M	3,3	4,1	4,4	4,0	3,9	31,8	-10,1	18,4
F	3,7	4,2	4,4	4,1	4,1	21,3	- 8,0	11,6
zusammen	7,0	8,3	8,8	8,0	8,0	26,3	- 9,1	14,8
15-65 M	22,2	22,8	22,6	21,8	21,5	1,8	- 4,9	- 3,2
F	21,6	22,1	22,0	21,4	21,1	1,6	- 4,1	- 2,6
zusammen	43,8	44,8	44,6	43,2	42,6	1,7	- 4,5	- 2,9
65 u.ä. M	3,3	3,7	4,2	5,0	5,5	27,3	32,7	69,0
F	6,4	6,5	6,6	7,2	7,6	4,0	14,7	19,3
zusammen	9,6	10,2	10,8	12,2	13,1	12,0	21,6	36,2
Insgesamt M	30,2	31,7	32,0	31,8	31,4	6,2	- 2,1	4,0
F	32,5	33,6	33,6	33,3	32,8	3,6	- 2,4	1,1
zusammen	62,6	65,3	65,7	65,1	64,2	4,8	- 2,2	2,5
Neue Bundesländer ¹⁾								
unter 15 M	1,6	1,4	1,2	1,0	1,0	-28,5	-14,2	-38,7
F	1,6	1,3	1,1	1,0	1,0	-28,4	-14,5	-38,8
zusammen	3,2	2,7	2,3	2,0	2,0	-28,5	-14,3	-38,7
15-25 M	1,1	0,9	1,0	1,0	0,8	-10,0	-20,0	-28,0
F	1,1	0,9	1,0	0,9	0,8	- 7,8	-20,2	-26,4
zusammen	2,2	1,8	2,0	1,9	1,6	- 8,9	-20,1	-27,2
25-35 M	1,4	1,2	0,9	0,9	1,0	-31,3	4,8	-28,0
F	1,3	1,0	0,8	0,8	0,9	-36,1	13,7	-27,3
zusammen	2,6	2,2	1,7	1,7	1,9	-33,6	8,9	-27,7
35-45 M	1,0	1,1	1,2	1,1	0,9	14,2	-24,8	-14,2
F	1,0	1,1	1,1	1,0	0,8	8,8	-29,0	-22,7
zusammen	2,0	2,2	2,3	2,1	1,7	11,5	-26,8	-18,4
45-55 M	1,2	0,8	0,9	1,1	1,1	-22,2	21,7	- 5,3
F	1,2	0,9	0,9	1,1	1,1	-21,9	13,2	-11,6
zusammen	2,4	1,7	1,8	2,1	2,2	-22,1	17,4	- 8,5
55-65 M	0,8	1,0	0,9	0,7	0,8	17,8	-13,2	2,2
F	1,0	1,1	1,1	0,8	0,9	10,2	-15,2	- 6,5
zusammen	1,8	2,1	2,0	1,6	1,7	13,7	-14,2	- 2,5
15-65 M	5,5	5,1	5,0	4,8	4,6	- 9,3	- 7,6	-16,2
F	5,5	5,0	4,9	4,6	4,4	-11,3	- 9,0	-19,3
zusammen	11,0	10,1	9,8	9,4	9,0	-10,3	- 8,3	-17,7
65 u.ä. M	0,7	0,7	0,9	1,1	1,1	26,9	30,1	65,0
F	1,5	1,5	1,5	1,6	1,7	- 0,2	15,0	14,8
zusammen	2,2	2,2	2,4	2,7	2,8	8,4	20,6	30,7
Insgesamt M	7,8	7,2	7,0	6,9	6,8	-10,1	- 4,0	-13,7
F	8,5	7,8	7,5	7,3	7,1	-12,5	- 5,1	-16,9
zusammen	16,3	15,0	14,5	14,2	13,8	-11,3	- 4,6	-15,4

¹⁾ In diesen Berechnungen sind Wanderungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands berücksichtigt mit den Unsicherheiten, die eine solche Projektion gegenwärtig mit sich bringt.

Quelle: Vorausschätzungen des DIW.

In den neuen Bundesländern lag die Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren Ende 1989 bei 11 Mill. Anders als in den alten Bundesländern wird die Zahl dieser Personen schon in den nächsten Jahren wegen der unterstellten Abwanderungen bis zum Jahr 2000 um 10 vH, im darauffolgenden Zehnjahreszeitraum nochmals um weitere 8 vH zurückgehen. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird also um 2 Mill. geringer sein als 1989.

Um die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots beurteilen zu können, muß auch der Anteil der Erwerbspersonen in der jeweiligen Altersgruppe der Bevölkerung vorausgerechnet werden. Zu den „Erwerbspersonen“ (im folgenden auch als „Arbeitskräfteangebot“ bezeichnet) werden hier — wie im Mikrozensus³ — alle Männer und Frauen gerechnet, die sich selbst als Erwerbstätige oder Erwerbslose bezeichnen. Dieser Kreis von Personen ist größer als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Er deckt sich aber nicht mit der sogenannten Stillen Reserve, zu der auch Personen zählen, die wegen einer schlechten Arbeitsmarktlage keine Beschäftigungschancen sehen und sich deshalb nicht als arbeitssuchend betrachten, obwohl sie bei günstigeren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt auch wieder erwerbstätig sein würden (z.B. Hausfrauen, die in den Beruf zurückkehren wollen, oder arbeitsfähige Frührentner). Da die stille Reserve — wie Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegen — gegenwärtig hoch ist, übersteigt das Erwerbspersonenpotential das aktuelle Arbeitskräfteangebot⁴. Künftig könnten die Erwerbsquoten allein aus konjunkturellen Gründen weit höher sein als im Ausgangsjahr der Projektion.

In dieser Vorausberechnung ist nicht versucht worden, den Einfluß der Nachfrage nach Arbeitskräften auf das Erwerbsverhalten vorzuschätzen. Annahmen über die Beschäftigungschancen der Älteren mußten allerdings getroffen werden. Berücksichtigt wurden vielmehr die demographische Entwicklung und die längerfristig wirkenden Determinanten des Erwerbsverhaltens. Wegen der unzureichenden Informationsbasis für das Gebiet der früheren DDR und der Unsicherheit über die künftigen ökonomischen Verhältnisse dort kann nur ein als plausibel erscheinendes Szenario der künftigen Entwicklung gezeichnet werden⁵.

Arbeitskräfteangebot bei unverändertem Erwerbsverhalten

Im Mikrozensus vom April 1989 zählten sich bei den 15- bis unter 65jährigen nach eigenen Angaben 56 vH der deutschen Frauen und 82 vH der deutschen Männer in den alten Bundesländern zu den Erwerbstätigen bzw. zu den Erwerbslosen. Von den Ausländern in dieser Altersgruppe waren es bei den Frauen 51 vH, bei den Männern 83 vH (vgl. Tabelle 2).

Die vom Statistischen Amt der ehemaligen DDR veröffentlichten Berufstätigenzahlen und Beschäftigungsquoten bezogen sich nicht auf den gesamten Bereich der Volkswirtschaft. Die Erwerbstätigen des sogenannten X-Bereichs (Polizei, Parteien, Gewerkschaften etc.) wurden nicht ausgewiesen, in einigen Statistiken fehlte zudem das private Handwerk. In der Berufstätigenerhebung wurden auch die Lehrlinge nicht erfaßt. Zusätzliche Informationen können aus dem Sozio-ökonomischen Panel, das in diesem Jahr auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet wurde, gewonnen werden. Die in der repräsentativen Haushaltsbefragung ausgewiesene Erwerbstätigkeit bezieht sich somit auf die gesamte ostdeutsche Wirtschaft⁶. Deshalb wurden die Erwerbsquoten aus dem Panel in der hier vorgelegten Prognose berücksichtigt. Im Juni 1990 zählten sich in der damaligen DDR 90 vH der Männer und 82 vH der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zu den Erwerbspersonen.

In einer ersten Modellrechnung wurde zunächst unterstellt, daß sich in beiden Teilen Deutschlands das Erwerbsverhalten künftig nicht ändert. Hiermit sollte der demographische Effekt auf die Veränderung der Erwerbspersonenzahl verdeutlicht werden. Werden die Bevölkerungszahlen für die Jahre 1989 bis 2010 mit den entsprechenden Erwerbsquoten des Basisjahres multipliziert, so ergibt sich eine Verringerung der Erwerbspersonenzahl in Deutschland um 2,9 Mill.

Auswirkungen veränderter Erwerbsbeteiligung

Werden dagegen die sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen bei der Erwerbsbeteiligung einbezogen, so ändert sich das Bild. In beiden Teilen Deutschlands sind längerfristig immer mehr Frauen berufstätig geworden⁷. Während in der ehemaligen DDR die Frauenerwerbsbeteiligung — trotz höherer Geburtenraten — nicht

³ Vgl. z.B. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, 1989, S. 8 ff.

⁴ Vgl. Christian Brinkmann u.a.: Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve. In: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/87, S. 387 ff.

⁵ Die Annahmen für dieses Szenario weichen in einigen Punkten von denen ab, die der Projektion des Arbeitskräfteangebots des Instituts der deutschen Wirtschaft für denselben Zeitraum zugrunde liegen. Vgl. Bernd Hof: Gesamtdeutsche Perspektiven zur Entwicklung der Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot 1990 bis 2010. Köln 1990.

⁶ Vgl. Arbeitsmarktstrukturen in der DDR: DIW weitet das Sozio-ökonomische Panel auf das Gebiet der DDR aus. Bearb.: Eckhard Priller, Jürgen Schupp und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/90, S. 517 ff. Das Sozio-ökonomische Panel ist eine Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittinformationen über Personen, Haushalte und Familien gewonnen werden.

⁷ Vgl. hierzu: Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft? Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands. Bearb.: Ellen Kirner, Erika Schulz und Juliane Rolf. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/90, S. 575 ff.

Tabelle 2

Erwerbsquoten nach Altersgruppen
in vH

Alter von ... bis ... unter Jahren	Basiszeitpunkt						Projektionsjahr 2010					
	Alte Bundesländer ¹⁾ April 1989				Neue Bundesländer ²⁾ Juni 1990		Alte Bundesländer ¹⁾				Neue Bundesländer ²⁾	
	Deutsche		Ausländer		Wohnbevölkerung ³⁾		Deutsche		Ausländer		Wohnbevölkerung	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen ⁴⁾
15-20	43,7	39,4	38,2	30,3	60,2	49,5	36,6	33,1	38,7	29,4	36,6	33,1
20-25	79,5	75,9	81,2	53,8	92,5	86,5	76,8	78,2	81,1	54,0	76,8	78,2
25-30	87,2	70,8	85,8	51,5	90,9	96,5	87,4	80,7	85,8	51,5	87,4	80,7
30-35	96,6	64,0	89,2	51,6	98,9	94,0	96,7	73,7	89,1	51,7	96,7	78,7
35-40	97,8	65,2	94,6	58,5	98,0	97,3	97,9	76,9	94,4	58,5	97,9	90,0
40-45	97,6	65,7	96,7	57,7	97,6	95,3	97,5	80,9	96,6	57,9	97,5	90,0
45-50	96,7	62,3	96,2	54,2	98,2	95,7	96,8	74,8	96,2	54,3	96,8	92,0
50-55	93,1	54,3	92,0	55,4	96,7	88,8	93,1	57,0	92,0	55,5	93,1	88,0
55-60	78,4	40,4	83,0	54,8	86,4	70,9	85,5	42,6	82,6	54,0	80,0	70,0
60-65	33,7	11,1	47,3	17,1	70,0	24,3	66,7	15,4	88,2	24,4	66,7	15,4
15-65	82,1	55,9	83,4	50,9	90,2	81,7	85,0	61,6	85,9	50,7	85,0	73,6
65-70	6,8	3,0	14,8	4,5	13,9	6,9	14,0	3,0	30,5	4,5	13,9	2,0
65 u.ä. ⁴⁾	4,4	1,6	11,3	2,0	14,1	7,0	7,0	1,4	17,7	2,1	14,0	2,1
15 u.ä. ⁴⁾	70,8	42,6	81,5	49,3	86,9	76,0	68,2	44,4	77,7	46,4	79,8	67,2

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus 1989. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. — ²⁾ Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels für die ehemalige DDR (Juni 1990). Zu den Erwerbspersonen wurden hier gezählt: Erwerbstätige, Arbeitslose, Frauen im Babyjahr, Lehrlinge, Wehrpflichtige. — ³⁾ Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung war mit rund 1 vH im Jahr 1989 gering. Die Erwerbsquoten sind somit vergleichbar mit denen für die deutsche Bevölkerung in den alten Bundesländern. — ⁴⁾ Die Projektion für die neuen Bundesländer basiert bei den Frauen auf der Variante A.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Sozio-ökonomisches Panel für die ehemalige DDR, Berechnungen des DIW.

nur weit über derjenigen im alten Bundesgebiet lag, sondern auch weitgehend unabhängig von der Kinderzahl war, wurde im alten Bundesgebiet die Erwerbsbeteiligung der Frauen bislang in hohem Maße von der Anzahl der Kinder beeinflusst. Allerdings ist die Berufstätigkeit von Müttern vornehmlich in den mittleren Altersjahren gestiegen. Bei der Bevölkerung in den jungen und älteren Altersgruppen ist sie zurückgegangen. Bei den Jüngeren ist dies auf die gestiegene Bildungsbeteiligung zurückzuführen. Für die rückläufige Erwerbsbeteiligung bei den Älteren waren die Zunahme der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsfälle sowie die Regelungen zum vorzeitigen Rentenbezug, auch bei vorhergehender Arbeitslosigkeit, ausschlaggebend.

In der ehemaligen DDR ist die Erwerbsbeteiligung in den vergangenen Jahren bei den jungen Männern und Frauen kaum zurückgegangen. Anders als im alten Bundesgebiet war der Zugang zu den weiterbildenden Schulen und Hochschulen in der ehemaligen DDR quotiert, so daß die Bildungsexpansion dort nicht so stark war wie in Westdeutschland⁸⁾. Auch der Rückgang in den hohen Altersjahren war nicht so ausgeprägt wie im frü-

heren Bundesgebiet. Zur Aufrechterhaltung der Produktion wurden in der ehemaligen DDR alle verfügbaren Arbeitskräfte eingesetzt, außerdem gab es sozialpolitische Regelungen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Hinzu kommt, daß die Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit bei niedrigen Renten größer gewesen sein dürfte als im alten Bundesgebiet und der Zugang zur Invaliditätsrente restriktiv gehandhabt wurde.

**Annahmen zur Projektion der Erwerbsbeteiligung
in Westdeutschland**

In den alten Bundesländern ist die Erwerbsbeteiligung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen folgendermaßen geschätzt worden:

Männer und Frauen in der Phase des Eintritts ins Erwerbsleben

Der Anstieg der Bildungsbeteiligung hat sich in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Deshalb wurde

⁸⁾ Vgl. Bildungswesen in Ostdeutschland im Übergang. Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/90, S. 639.

hier die Annahme getroffen, daß sich die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Altersgruppen (etwa bis zum 25. Lebensjahr) bis zum Ende des Prognosezeitraums nur geringfügig verringert.

Männer im Alter von 25 bis unter 60 Jahren

Die Erwerbsquoten waren bei Männern bis etwa zum 55. Lebensjahr langfristig weitgehend stabil. Es ist damit zu rechnen, daß dies auch künftig der Fall sein wird. Bei den Älteren ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten, bedingt durch den immer früheren Eintritt in den Ruhestand, die Erwerbsbeteiligung deutlich gesunken⁹. Diese Entwicklung ist jedoch nicht allein Folge einer gesunkenen Erwerbsfähigkeit oder -willigkeit älterer Arbeitnehmer, sondern hängt auch mit der schlechten Arbeitsmarktlage zusammen. Bei einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte dieser Trend zum Stillstand kommen.

Frauen bis zum Alter von 60 Jahren

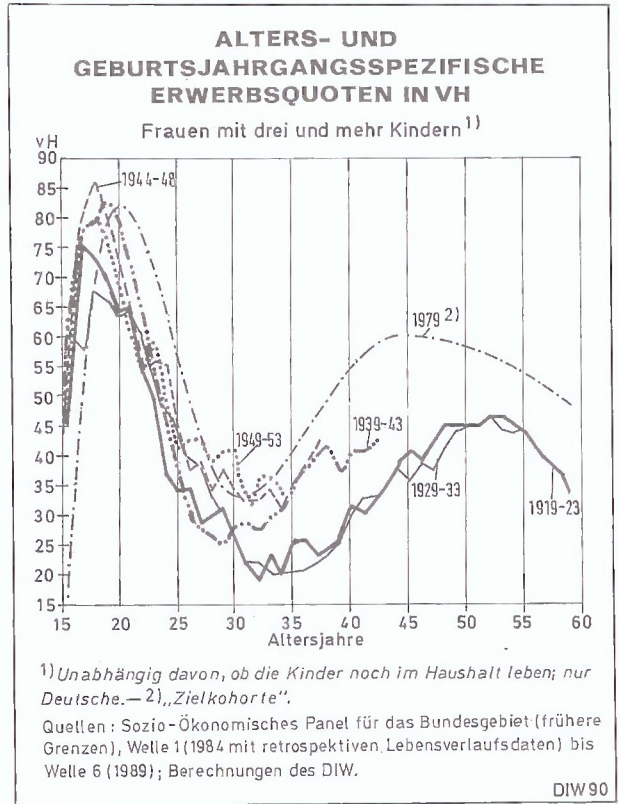
In den alten Bundesländern hängt die Erwerbsbeteiligung von Frauen vor allem von der Kinderzahl ab. Der Familienstand als eine weitere Determinante des Erwerbsverhaltens ist hier nicht gesondert berücksichtigt worden, da er ebenfalls hoch mit der Kinderzahl korreliert. Außerdem wird er zunehmend überlagert vom (positiven) Einfluß des steigenden Ausbildungsniveaus auf die Erwerbsbeteiligung.

Die Beziehung zwischen der Höhe des eigenen Einkommens bzw. desjenigen des Ehemannes und der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist ebenfalls nicht in die Projektion eingegangen, weil es hier widersprüchliche und damit kaum vorhersehbare Wirkungszusammenhänge gibt.

Bei dem Einfluß der Kinderzahl auf die Erwerbsbeteiligung lassen sich jedoch vergleichsweise eindeutige Muster erkennen, wenn man die Erwerbsbeteiligung von Müttern, die jeweils die gleiche Zahl von Kindern geboren haben, im Lebensverlauf betrachtet (vgl. z.B. Abbildung 1)¹⁰. Empirisch läßt sich ebenfalls feststellen, bei welchen Gruppen in der Vergangenheit die Dynamik für die insgesamt steigende Erwerbsneigung gelegen hat: Kinderlose Frauen erreichen heute im Gegensatz zu früher, als die Ehe häufig schon ein Hinderungsgrund an sich für die Erwerbstätigkeit war, fast das Berufstätigkeitsniveau von Frauen in der ehemaligen DDR. Dagegen bleiben die Mütter auch heute noch, insbesondere wenn sie mehrere Kinder haben, für eine längere Zeit, wenn nicht sogar für immer zu Hause.

Bei den Frauen mit einem Kind oder mit zwei Kindern ist die gestiegene Erwerbsbeteiligung am ausgeprägtesten. In den mittleren Altersjahren üben sie heute weit häufiger einen Beruf aus als noch ihre Mütter oder Großmütter¹¹. Viele der Frauen unterbrechen zwar nach wie vor bei der Geburt ihres Kindes die Erwerbstätigkeit, die Unterbrechungszeiten sind jedoch deutlich kürzer geworden.

Abbildung 1



1) Unabhängig davon, ob die Kinder noch im Haushalt leben; nur Deutsche.— 2) „Zielkohorte“.

Quellen: Sozio-Ökonomisches Panel für das Bundesgebiet (frühere Grenzen), Welle 1 (1984 mit retrospektiven, Lebensverlaufsdaten) bis Welle 6 (1989); Berechnungen des DIW.

DIW90

Auf der Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels wurden Profile für die altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen mit jeweils gleichem Geburtsjahr („Kohorten“) und gleicher Kinderzahl¹² (unterschieden wurden Gruppen mit null, eins, zwei sowie drei und mehr Kindern) geschätzt, und zwar unter folgenden Annahmen:

- Das Profil der jeweiligen Erwerbsverläufe (vgl. z.B. Abbildung 1) bleibt etwa gleich, jedoch hält der Trend zur Verkürzung der „Familienphase“ insbesondere bei Frauen mit nur einem Kind oder — weniger ausgeprägt — bei denen mit zwei Kindern an. Insgesamt kehren Mütter künftig häufiger, als das bei früheren Generationen der Fall war, ins Berufsleben zurück. Diese Annahmen basieren auf der Vermutung, daß die Gruppe von Frauen größer wird, die für ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst sorgen wollen oder müssen (weil der Typ der stabilen, wohlhabenden

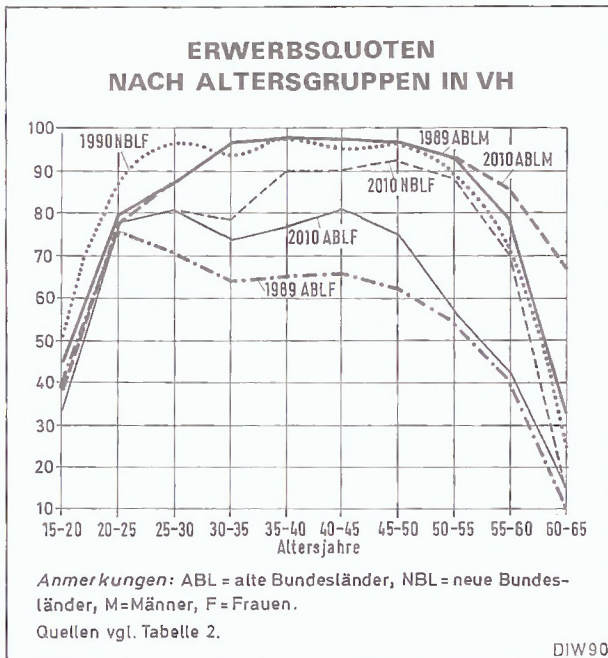
⁹ Dazu jüngst: Klaus Jacobs und Martin Kohli: Der Trend zum frühen Ruhestand. — Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Älteren im internationalen Vergleich. — In: WSI-Mitteilungen, Heft 8/1990, S. 498-509.

¹⁰ Vgl. Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft? ..., a.a.O., S. 579.

¹¹ Vgl. Vereintes Deutschland ..., a.a.O., Abbildung 2, S. 579.

¹² In die Analysen für Westdeutschland wurden deutsche Frauen einbezogen, die an den ersten sechs Wellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben (3 063 Frauen). Vgl. Projektgruppe Panel: Das Sozio-ökonomische Panel nach fünf Wellen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2-3, 1990, S. 141-151.

Abbildung 2



Hausfrauen-Ehe künftig seltener wird) oder die — bei qualifizierterer Ausbildung — neben der Familienarbeit aus immateriellen Gründen ihren Beruf ausüben möchten.

- Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ohne Kinder wird noch leicht steigen, und zwar in der Weise, daß sie bei dem Geburtsjahrgang 1969 etwa so hoch sein wird wie bei den Männern.

Außerdem wird angenommen, daß die Zahl der Erwerbspersonen aus Gründen, die nicht unabhängig von den oben skizzierten Zusammenhängen sind, zunehmen wird:

- Der Anteil der kinderlosen Frauen (mit überdurchschnittlicher Erwerbsbeteiligung) dürfte weiter steigen. Er wird sich von 13 vH (1945er Kohorte)¹³ auf ein Viertel aller Frauen (1969er Kohorte) erhöhen.
- Der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern wird von 22 vH (1945er Kohorte) auf 18 vH (1969er Kohorte) sinken. Die geringe Erwerbsbeteiligung dieser Frauen auf die durchschnittliche Erwerbsquote aller Frauen wird somit weniger Einfluß haben.

Diese Annahmen sind kongruent mit der Bevölkerungsprojektion des DIW und dienen als Basis für die kohortenspezifischen Vorausberechnungen der altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen bis zum Jahr 2010, differenziert nach der Kinderzahl¹⁴ (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 2). Die Ergebnisse deuten ein Bild vom sogenannten Drei-Phasen-Modell der Erwerbsbiographie an, das in den Querschnittsergebnissen von 1989 aufgrund der Überlagerung von Kohorten-Effekten kaum zu erkennen ist.

Männer und Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren

Nach dem „Rentenreformgesetz 1992“¹⁵ ist geplant, die Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung vom Jahr 2001 an stufenweise heraufzusetzen. Der Ruhestand soll dann normalerweise erst nach dem vollendeten 65. Lebensjahr beginnen, und zwar wird diese Grenze erreicht

- bei den Männern im Jahr 2008 (für die Ende 1943 und später geborenen) und
- bei den Frauen im Jahr 2017 (für die Ende 1952 und später geborenen).

Obwohl das vollendete 65. Lebensjahr für den Beginn der „normalen“ Altersrente bereits seit langem gesetzlich festgelegt ist, könnte die geplante Neuregelung unter Umständen zu einer merklichen Erhöhung der Erwerbsquoten in den oberen Altersgruppen führen. Bisher haben die Versicherten das Altersruhegeld aufgrund von Arbeitslosigkeit oder für langjährig berufstätig gewesene Frauen — beides vom vollendeten 60. Lebensjahr an — sowie das „flexible“ Altersruhegeld (vom vollendeten 63. Lebensjahr an) häufig in Anspruch genommen, so daß die Erwerbsbeteiligung der Älteren niedrig war (vgl. Tabelle 2).

Ob diese Möglichkeiten für den frühen Rentenbezug, wie geplant, abgeschafft werden, soll nach den Intentionen des Gesetzgebers von der Arbeitsmarktlage Ende der 90er Jahre abhängig gemacht werden. Dies ist auch sinnvoll, denn ältere Arbeitnehmer werden nur dann länger beschäftigt bleiben, wenn auch geeignete Arbeitsplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind. Dies vorausgesetzt, würden dann mehr Ältere bei einer Heraufsetzung der Altersgrenzen zu den Erwerbspersonen zählen.

Um mögliche Auswirkungen des Rentenreformgesetzes abschätzen zu können, ist folgendes angenommen worden: Die altersspezifischen Erwerbsquoten werden vom Jahr 2001 an so steigen, daß sie von den Geburtsjahrgängen an, für die die volle Erhöhung der Altersgrenzen gilt,

- bei den Männern den Quoten im Querschnitt des Jahres 1972 (dem Jahr vor der Einführung der flexiblen Altersgrenze) entsprechen;
- bei den Frauen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren etwa die Erwerbsquoten der heute 59jährigen errei-

¹³ Vgl. Herwig Birg, Detlef Filip, Jürgen Flöthmann: Paritäts-spezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. IBS-Materialien Nr. 30, Bielefeld 1990.

¹⁴ Allerdings wurden aufgrund der Daten in der Vergangenheit nur jeweils drei „Zielkohorten“ (Geburtsjahrgänge 1969, 1979 und 1989) für jede Gruppe geschätzt und die dazwischen liegenden altersspezifischen Erwerbsquoten durch entsprechende Interpolationswerte ermittelt.

¹⁵ Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz — RRG 1992). Bundesgesetzblatt I, S. 2261 vom 18.12.1989.

Tabelle 3

Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen
Ergebnisse des Mikrozensus 1989

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbspersonen						Nichterwerbspersonen					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	Erwerbs- quote ¹⁾	Überwiegender Unterhalt Rente ²⁾	Angehörige ³⁾	Erwerbs- quote ¹⁾	Überwiegender Unterhalt Rente ²⁾	Angehörige ³⁾	Nichter- erwerbsquote ⁴⁾	Überwiegender Unterhalt Rente ⁵⁾	Angehörige ⁶⁾	Nichter- erwerbsquote ⁴⁾	Überwiegender Unterhalt Rente ⁵⁾	Angehörige ⁶⁾
	in vH											
0-15	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	3,1	96,9	100,0	3,1	97,0
15-20	43,1	1,7	30,5	38,4	1,7	31,0	56,9	4,0	96,0	61,6	4,0	96,0
20-25	79,6	1,4	5,2	74,1	2,2	7,7	20,4	19,5	80,5	26,0	16,5	83,5
25-35	91,2	1,7	1,6	66,3	2,7	10,4	8,8	35,0	65,2	33,7	10,0	90,0
35-45	97,5	1,3	0,6	64,6	1,8	13,6	2,5	71,0	29,0	35,4	6,8	93,2
45-55	94,8	1,3	0,4	58,1	2,0	12,5	5,2	90,9	9,1	41,9	12,3	87,8
55-60	78,6	3,1	0,6	40,9	3,7	11,8	21,4	95,3	4,7	59,1	27,8	72,2
60-65	34,2	7,5	0,5	11,2	9,1	11,4	65,8	98,5	1,6	88,8	57,6	42,4
65 u. ä.	4,4	42,4	0,0	1,6	37,1	10,5	95,5	99,6	0,4	98,4	84,0	16,0

1) Erwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. — 2) Personen mit überwiegenderem Unterhalt aus Rentenzahlungen an den jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. — 3) Personen mit überwiegenderem Unterhalt durch Angehörige an den jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. — 4) Nichterwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. — 5) Personen mit überwiegenderem Unterhalt aus Rentenzahlungen an der jeweiligen Bevölkerung in den Altersgruppen. — 6) Personen mit überwiegenderem Unterhalt durch Angehörige an der jeweiligen Bevölkerung in den Altersgruppen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

chen. Das heißt, daß fast alle Frauen, die im Alter von 59 Jahren noch im Beruf sind, dies bis zum vollendeten 65. Lebensjahr bleiben¹⁶.

Unter diesen Annahmen wird die Erwerbsbeteiligung der älteren Männer im Jahr 2010 erheblich höher ausfallen als 1989 (vgl. Tabelle 2). Allerdings dürfte der Anstieg viel geringer ausfallen als von vielen erwartet, wenn die älteren Menschen, wie in der Vergangenheit, z.B. verstärkt Invaliditätsrenten in Anspruch nehmen¹⁷. Heute sinkt die Erwerbsquote der Männer bereits etwa vom Alter 53 an deutlich und beträgt (nach dem Mikrozensus von 1989) im 58. Lebensjahr nur noch 82 vH. Daß der Rückzug aus dem Erwerbsleben schon früh mit dem Rentenbezug zu erklären ist, zeigt Tabelle 3.

Annahmen zur Projektion der Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern ist künftig mit einem erheblichen Wandel in der Erwerbsbeteiligung zu rechnen. Der Anteil derjenigen, die weiterführende Schulen oder Hochschulen besuchen, wird steigen. Dies hat zwei Gründe:

— Zur Zeit verringert sich das Ausbildungsplatzangebot deutlich. Der Übergang zur Marktwirtschaft ist für viele Unternehmen mit Schwierigkeiten verbunden. Wegen der Unsicherheiten über die künftige Entwick-

lung nehmen viele Betriebe keine Lehrlinge auf und Ausbildungsverträge werden in erheblicher Zahl gekündigt. Zudem bestehen Anpassungsschwierigkeiten bei der Umstellung auf neue Ausbildungsinhalte. Dies wird insbesondere in den nächsten Jahren von Bedeutung sein.

— Die jungen Menschen haben einen „Nachholbedarf an Ausbildung“, weil in der Vergangenheit dem Wunsch nach dem Abitur oder einem Studium oftmals nicht entsprochen wurde bzw. die genehmigte Studienrichtung nicht den Wünschen entsprach.

Die Entscheidung der älteren Personen hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung wird geprägt sein von folgenden Faktoren:

— Nach den Altersübergangsregelungen in Art. 30, Abs. 2 des Eingangsvertrages können Arbeitnehmer vom vollendeten 57. Lebensjahr an Altersübergangsgeld für höchstens drei Jahre beziehen, wenn sie entlassen werden und in ihrem Beruf in den neuen Bundesländern kein Arbeitskräftemangel herrscht. Frauen, die vor dem 31.12.1990 arbeitslos wurden und das 55. Lebensjahr vollendet haben, können Altersübergangs-

¹⁶ Geburtsjahrgangsspezifisch wurde allerdings die Abnahme der Erwerbsquoten von einem Altersjahr zum nächsten, die man außer den durch Altersgrenzen gesetzten Schwellen beobachten kann, extrapoliert.

¹⁷ Vgl. hierzu Klaus Jacobs und Martin Kohli, a.a.O.

geld für höchstens fünf Jahre erhalten. Diese Regelung ist auf Neuzugänge bis zum Jahresende 1991 begrenzt, kann aber um ein Jahr verlängert werden. Danach gelten die bisherigen Regelungen der Bundesrepublik auch in den neuen Bundesländern. Da das Altersübergangsgeld dem Arbeitslosengeld rechtlich gleichsteht, können Bezieher von Altersübergangsgeld vom vollendeten 60. Lebensjahr an Vorruhestandsgeld beantragen. Zudem gibt es die Möglichkeit, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrenten zu beantragen.

- Die zu erwartenden Erhöhungen der Rentenleistungen dürften mittelfristig dazu führen, daß der Zwang zum Hinzuverdienen geringer wird.
- Die Zahl der Arbeitsplätze für Ältere und die Möglichkeiten hinzuverdienen, werden sich verringern.

Vermutlich wird sich das Arbeitsangebot der Älteren nicht nur kurzfristig, sondern nachhaltig vermindern und sich insoweit den Verhältnissen im bisherigen Bundesgebiet angleichen. In der Gruppe der 50- bis 55jährigen werden aufgrund der Gewährung von Erwerbsunfähigkeitsrenten die Erwerbsquoten etwas sinken. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den übrigen Altersjahren muß differenziert nach Frauen und Männern betrachtet werden. Bei den Männern dürften sich in den mittleren Altersjahren keine bedeutsamen Veränderungen ergeben.

Die künftige Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Bundesländern ist dagegen schwierig abzuschätzen. Von Einfluß auf das Erwerbsverhalten werden sein:

- Faktoren, die in Richtung einer weiterhin hohen Erwerbsbeteiligung wirken, wie der weit über dem Durchschnitt in den alten Bundesländern liegende Anteil Alleinerziehender¹⁸, das niedrige Einkommensniveau, das ökonomische Anreize oder Zwänge zur Berufstätigkeit auch der Ehefrauen wohl noch längere Zeit schafft, und die Wertvorstellungen der Frauen, die durch das Leitbild der erwerbstätigen Mutter geprägt sind.
- Faktoren, die in Richtung einer reduzierten Erwerbsbeteiligung wirken. Hier ist die Tendenz zur Einschränkung bei den Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie das Auslaufen von familienpolitischen Maßnahmen in der früheren DDR zu nennen. Hinzu kommt der ausgeprägte Wunsch vieler Frauen, nicht mehr voll-erwerbstätig sein zu müssen¹⁹. Restriktiv auf die Beschäftigungsmöglichkeiten wirkt auch der Abbau von Arbeitsplätzen in den ländlich strukturierten Gebieten und die ungünstige Verkehrsanbindung solcher Räume.

Welche dieser Faktoren stärker ins Gewicht fallen werden, läßt sich zur Zeit schwer abschätzen. Deshalb wird hier mit zwei Varianten der künftigen Entwicklung der Erwerbsbeteiligung gerechnet. Dabei wird das Erwerbsverhalten der Frauen kohortenspezifisch fortgeschrieben.

Ausgangspunkt bildet die durchschnittliche Lebenssituation von Frauen in den jeweiligen 5-Jahres-Altersgruppen und die absehbaren Veränderungen in den Rahmenbedingungen, die für die jeweils betrachtete Gruppe von Frauen von Bedeutung sind. Beispielsweise haben die 20 bis unter 25jährigen Frauen in der Ausgangssituation (1989) fast alle kleine Kinder²⁰. Diese Frauen sind im besonderen Maße auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen. Werden diese weiter abgebaut, sind unterschiedliche Reaktionen im Erwerbsverhalten denkbar:

- In der Variante A wird unterstellt, daß die ökonomischen Zwänge, im Beruf zu bleiben, weiterhin ausschlaggebend bleiben und auch die Mütter von kleinen Kindern erwerbstätig sein wollen bzw. müssen. Sind die Kinder „erst über den Berg“, wird die Erwerbstätigkeit nicht aufgegeben, u.a. weil der Lebensstandard gehalten bzw. ausgebaut werden soll.
- Variante B basiert auf der Annahme, daß dem Einfluß der verringerten Kinderbetreuungsmöglichkeiten und dem Wunsch, die Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu betreuen, das größere Gewicht zukommen. Deshalb geht in dieser Variante die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Mütter zunächst deutlich zurück, und auch in der Phase, in der viele Frauen in den Beruf zurückkehren wollen, erreicht sie nicht mehr das ursprüngliche Niveau.

Insgesamt führen die Annahmen der Variante A dazu, daß in Zukunft zwar nicht mehr die hohen Erwerbsquoten der Vergangenheit erreicht werden, das Erwerbsverhalten sich aber nicht drastisch ändert. Auch wenn künftig Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten für eine gewisse Zeit ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, wird der Wunsch zur baldigen Erwerbsaufnahme bei der überwiegenden Mehrzahl der Frauen wohl bestehen bleiben. In dieser Variante ist also unterstellt, daß die Frauen dann Arbeitsplätze nachfragen und nicht in die „Stille Reserve“ gehen.

In Variante B ist unterstellt worden, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den mittleren Altersjahren erheblich zurückgeht; das Erwerbsverhalten wird sich im Jahr 2010 kaum von demjenigen der Frauen in den alten Bundesländern unterscheiden.

Das Arbeitskräfteangebot bei verändertem Erwerbsverhalten

Das Arbeitskräfteangebot in Deutschland wird von 40 Mill. im Jahr 1989 auf knapp 39 Mill. im Jahr 2000 zu-

¹⁸ Vgl. Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Bearb.: Joachim Frick, Peter Krause und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42/90, S. 598 ff.

¹⁹ Vgl. Vereintes Deutschland ..., a.a.O., S. 582.

²⁰ Nach der Geburtenstatistik haben bis zum Alter von 25 Jahren von 1 000 Frauen 914 ein Kind geboren.

rückgehen. Im anschließenden Zehnjahreszeitraum schwächt sich der Rückgang deutlicher ab; er beträgt gut 300 000 Personen²¹. Die Verringerung der Erwerbspersonenzahl fällt mit insgesamt 1,6 Mill. deutlich kleiner aus als bei konstanten Erwerbsquoten (2,9 Mill.). Das Arbeitsvolumen wird stärker sinken als die Zahl der Erwerbspersonen, unter anderem deshalb, weil der Anteil der Teilzeitbeschäftigten weiter zunehmen dürfte²².

Auch kurzfristig wird die Erwerbspersonenzahl zurückgehen, obwohl die Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern noch groß ist. Dies ist eine Folge der sich stark verringernden Erwerbsbeteiligung älterer Personen in den neuen Bundesländern. Im Ausgangsjahr lag die Erwerbsbeteiligung bei dieser Personengruppe weit über der im alten Bundesgebiet. Von den bereits realisierten bzw. noch zu erwartenden Entlassungen werden sie aber in besonderem Maße betroffen, zumal die Unternehmen davon ausgehen können, daß ältere Arbeitnehmer das Altersübergangsgeld in Anspruch nehmen und somit in einem gewissen Rahmen finanziell abgesichert sind. Hier wird davon ausgegangen, daß die Bezieher von Altersübergangsgeld auch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung angesichts der Veränderungen der Arbeitsplatzanforderungen nicht mehr auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Die Auswirkungen des Erwerbsverhaltens, insbesondere der älteren Arbeitskräfte, wird auch im Vergleich mit der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl bei konstanten Erwerbsquoten deutlich, die im Jahr 1995 um 0,8 Mill. höher ausfällt. Dieser Effekt schlägt jedoch lediglich in den nächsten Jahren zu Buche. Langfristig führen die Veränderungen im Erwerbsverhalten insbesondere der Frauen im alten Bundesgebiet sowie die Heraufsetzung der Altersgrenzen für den normalen Ruhestandsbeginn zu einem Arbeitskräfteangebot, das im Jahr 2010 um 1,3 Mill. oder gut 3 vH über dem Wert liegt, der sich bei einem konstanten Erwerbsverhalten ergeben würde.

In den neuen Bundesländern verringert sich das Arbeitskräfteangebot in den nächsten 20 Jahren in Variante A um 25, in Variante B um 30 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 4). In den alten Bundesländern hingegen wird das Ar-

²¹ Die Abwärtsbewegung wäre damit langsamer, als es in früheren Vorausschätzungen aufgrund der demographischen Entwicklung für das Bundesgebiet allein angenommen wurde. Zu ähnlichen Ergebnissen für das gesamte Bundesgebiet im Jahr 2010 kommt Bernd Hof (a.a.O) in seinem Szenario 2a, obwohl die Annahmen bezüglich des künftigen Erwerbsverhaltens und die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl deutlich von der hier vorgelegten Projektion abweichen.

²² Vgl. Christian Brinkmann, Hans Kohler: Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen. In: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/89, S. 472 ff.

Tabelle 4

Projektion der Erwerbspersonen
Neue Bundesländer

	1989	1995	2000	2005	2010
	in Mill. Personen				
Männer	5,0	4,2	4,0	4,0	4,0
Frauen					
Var. A	4,5	3,6	3,5	3,4	3,3
Var. B	4,5	2,9	2,9	2,8	2,8
Insgesamt					
Var. A	9,5	7,8	7,5	7,4	7,2
Var. B	9,5	7,1	6,9	6,9	6,7
Differenz A zu B	0,0	0,7	0,6	0,6	0,5
	Index 1989 = 100				
Männer	100	84	81	80	79
Frauen					
Var. A	100	80	77	76	73
Var. B	100	65	64	63	61
Insgesamt					
Var. A	100	82	79	78	76
Var. B	100	75	73	72	71

Quelle: Vorausschätzungen des DIW.

Tabelle 5

Projektion der Erwerbspersonen in Deutschland¹⁾

Alter von ... bis unter ... Jahren	1989	1995	2000	200	2010	1989	1995	2000	2005	2010
	in Millionen Personen					Anteile in vH				
unter 30 M	6,9	5,6	4,6	4,4	4,6	29,70	24,29	20,11	19,46	20,16
F	5,9	4,9	4,1	4,0	4,0	35,11	30,10	25,47	24,95	25,18
zusammen	12,8	10,5	8,7	8,4	8,6	31,96	26,68	22,31	21,72	22,24
30-40 M	5,7	6,6	6,8	5,6	4,5	24,38	28,38	29,76	24,77	19,78
F	4,0	4,6	4,8	4,0	3,2	23,80	28,20	29,90	25,21	20,18
zusammen	9,7	11,2	11,6	9,7	7,7	24,13	28,31	29,82	24,95	19,95
40-50 M	5,2	5,2	5,8	6,5	6,7	22,33	22,42	25,30	28,45	29,58
F	3,6	3,7	4,2	4,8	5,1	21,31	22,74	26,42	30,32	32,00
zusammen	8,8	8,9	10,0	11,3	11,8	21,91	22,55	25,76	29,22	30,58
50 u. ä. M	5,5	5,8	5,7	6,2	6,9	23,59	24,91	24,83	27,32	30,47
F	3,3	3,1	2,9	3,1	3,6	19,78	18,97	18,21	19,52	22,65
zusammen	8,8	8,9	8,6	9,3	10,5	22,00	22,47	22,11	24,11	27,24
Insgesamt M	23,4	23,2	22,9	22,8	22,6	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
F	16,7	16,2	15,9	15,9	16,0	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
zusammen	40,1	39,4	38,8	38,7	38,6	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

¹⁾ Die Projektion für die neuen Bundesländer basiert bei den Frauen auf der Variante A.
Quelle: Vorausschätzungen des DIW.

beitskräfteangebot auch im Jahr 2010 mit 31,4 Mill. noch über dem Ausgangswert 1989 (30,7 Mill.) liegen.

Besonders krass sind die Entwicklungsunterschiede in den nächsten fünf Jahren. In den neuen Bundesländern wird ein Rückgang um 1,7 Mill. (Variante A) bzw. 2,4 Mill. (Variante B) prognostiziert; in den alten Bundesländern dürfte sich indes ein Zuwachs um eine Million ergeben. In der Vorausberechnung wurden die Pendlerströme zwischen neuen und alten Bundesländern nicht berücksichtigt. Sie dürften kurzfristig wohl noch eine nicht zu vernachlässigende Größenordnung erreichen, die im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern indes an Gewicht verlieren könnte.

Der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen wird in den nächsten zwanzig Jahren nahezu konstant bleiben. Zwar steigt der Anteil der Frauen in den alten Bundesländern etwas, in den neuen Bundesländern dürfte er aber wegen des hohen Ausgangsniveaus zurückgehen.

Verschiebungen in der Altersstruktur

Schon die demographische Entwicklung läßt erkennen, daß sich der Altersaufbau bei den Erwerbspersonen künftig stark verändern wird. Die Zahl der Erwerbspersonen im Alter unter 30 Jahren geht in den nächsten zwanzig Jahren um gut 4 Mill. zurück (vgl. Tabelle 5). Ihr Anteil am gesamten Arbeitskräfteangebot sinkt um zehn

Prozentpunkte auf gut 22 vH im Jahr 2010. Damit nimmt die Zahl der Personen ab, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen. Zurückgehen wird auch die Zahl der 30- bis unter 40jährigen Erwerbspersonen, jedoch nicht im gleichen Maße wie die der jüngeren Arbeitskräfte: Der Anteil dieser Altersgruppe verringert sich um 4 Prozentpunkte.

Alle übrigen Altersgruppen werden künftig an Gewicht gewinnen. Die Zahl der 40 bis unter 50 Jahre alten Erwerbspersonen wird in den nächsten zehn Jahren auf 10 Mill. und im Jahr 2010 auf 12 Mill. Personen steigen (8,8 Mill. im Jahr 1989). Die Zunahme der Zahl der über 50 Jahre alten Erwerbspersonen fällt mit 1,7 Mill. geringer aus.

Anteil der Nichterwerbspersonen steigt

Bei der Analyse demographischer Trends ist es üblich, auch Kennziffern zu berechnen, die allein aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung Anhaltspunkte dafür geben sollen, wieviele Kinder und alte Menschen ihren Lebensunterhalt aus der — nur von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erstellbaren — Produktion beziehen müssen.

In der Tabelle 6 sind Quotienten dargestellt, die insofern aufschlußreicher sind, als die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung mit berücksichtigt wurde. Die Ergebnisse ma-

Tabelle 6

Kennziffern zur Relation zwischen den Nichterwerbspersonen und Erwerbspersonen in ausgewählten Projektionsjahren¹⁾

Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren	1989	1995	2000	2005	2010
Auf 1000 Erwerbspersonen kommen:					
Kinder und Nichterwerbspersonen unter 20 Jahren	376	394	395	377	346
Weibliche Nichterwerbspersonen 20-60 Jahre	178	194	182	168	162
Nichterwerbspersonen 60 Jahre und älter	366	397	441	461	467
Nichterwerbspersonen insgesamt	971	1 037	1 065	1 051	1 025
Index 1989 = 100					
Kinder und Nichterwerbspersonen unter 20 Jahren	100	105	105	100	92
Weibliche Nichterwerbspersonen 20-60 Jahre	100	109	102	94	91
Nichterwerbspersonen 60 Jahre und älter	100	108	121	126	128
Nichterwerbspersonen insgesamt	100	107	110	108	106
¹⁾ Die Projektion für die neuen Bundesländer basiert bei den Frauen auf der Variante A. <i>Quelle:</i> Vorausschätzungen des DIW.					

chen deutlich, daß die Zahl der Nichterwerbspersonen, das sind im wesentlichen Kinder, Jugendliche in der Ausbildung, Hausfrauen und Rentner, je Erwerbsperson bis zum Jahre 2010 im Vergleich zu 1989 von 971 auf 1025 je 1000 Erwerbspersonen steigt. Diese Strukturverschiebungen sind damit sehr viel geringer, als in der Diskussion dieser „Lastquotienten“ häufig angenommen wird. Der Effekt der erhöhten Erwerbsbeteiligung gleicht die demographisch bedingte Abnahme des Arbeitskräfteangebots weitgehend aus. Zwar muß man berücksichtigen, daß sich das Arbeitsvolumen aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen, auch aufgrund des vermutlich zunehmenden Gewichts der Teilzeitbeschäftigung, langsamer als die Erwerbsbeteiligung entwickelt. Die Zunahme des Anteils von Nichterwerbspersonen in der hier vorausgeschätzten Größenordnung würde die Erwerbstätigen vermutlich trotzdem nur wenig belasten.

In Hinblick auf die stets mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte „Rentnerlast“ führen die Berechnungen zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Älteren, die nicht mehr erwerbstätig sind, bis 2010 um fast 30 vH zunehmen wird. Bei der Bewertung dieses Sachverhalts ist jedoch der zu erwartende Produktivitätsfortschritt einzubeziehen, der

Spielraum für Realeinkommenssteigerungen auch bei höheren Abgabequoten gibt.

Aus heutiger Sicht erscheint es nicht unbedingt notwendig, die Lebensarbeitszeit der Arbeitnehmer zu verlängern, wie es im Rentenreformgesetz vorgesehen ist. Zumindest eine generelle Heraufsetzung des Rentenalters, die insbesondere für Menschen mit sehr frühem Eintritt ins Berufsleben Härten mit sich bringen würde²³, ließe sich vermeiden, wenn durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik das Arbeitskräfteangebot der jüngeren Bevölkerung voll ausgeschöpft würde.

Fazit

Obwohl der Integrationsprozeß in den neuen Bundesländern zunächst mit hoher Arbeitslosigkeit verbunden ist, sind die Voraussetzungen für eine steigende Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften auf längere Frist dennoch günstig. Dafür spricht nicht zuletzt der

²³ Vgl. Gesetzentwurf zur Rentenreform 1992: Neuorientierung erforderlich. Bearb.: Ellen Kirner und Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/89, S. 262 f.

Nachholbedarf an Investitionen und Konsum in den neuen Bundesländern. In einer „alternden“ Gesellschaft, noch dazu in einer, in der Frauen nicht mehr so viel Betreuungslast für Kinder und alte Menschen übernehmen wollen, ist auch mit einem erheblich höheren Bedarf an professioneller Arbeit in den sozialpflegerischen und pädagogischen Berufen zu rechnen.

Nicht nur aus sozialpolitischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen erscheint es also als notwendig, bei den anstehenden Maßnahmen zur Beseitigung des Arbeitsmarktungleichgewichts die längerfristigen Erfordernisse zu berücksichtigen. Diese müssen auch an den vorhersehbaren Veränderungen der Struktur und des Erwerbsverhaltens der Bevölkerung orientiert sein:

— Weil künftig mehr Frauen berufstätig sein wollen oder müssen, sollten die im Einigungsvertrag geforderten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzipiert und durchgesetzt werden.

- Arbeitgeber im privaten und öffentlichen Bereich sollten sich stärker auf die besonderen Belange älterer Arbeitnehmer einstellen.
- Wenn weniger junge Menschen in das erwerbsfähige Alter kommen, wird die Wirtschaft mehr darauf angewiesen sein, den „Produktionsfaktor Arbeit“ durch ständige Weiterbildung den sich wandelnden Erfordernissen anzupassen. Während der — eher wieder länger werdenden — Lebensarbeitszeit sollten deshalb temporäre Freistellungen zur Qualifizierung an Bedeutung gewinnen.
- Die Zahl der Ausländer wird zunehmen — im Jahre 2010 werden es nach den Ergebnissen dieser Vorausberechnung etwa 8 Mill. sein — und damit auch ihr Anteil an der Zahl der Erwerbspersonen. Ein reiches Land wie die Bundesrepublik, das schon immer ein Einwanderungsland war, muß dem Rechnung tragen. Dies setzt eine auf Integration der Ausländer zielende Politik voraus.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dieter Teichmann.

Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auf längere Sicht. Bearbeitet von Ellen Kirner und Erika Schulz

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten